Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1335

Versammlung der Westeuropäischen Union
Deutsche Delegation

Bericht

über die Tagung der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 12. bis 15. Dezember 1966 in Paris

In der Dezembersitzung der Versammlung der Westeuropäischen Union standen vier Hauptthemen zur Diskussion: europäische Verteidigungsprobleme im Rahmen der NATO, die Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG, die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Technologie und die Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa. Drei Mitglieder der deutschen Delegation hatten hierzu Berichte vorgelegt: Abg. Blumenfeld (CDU/CSU) über „Westeuropa angesichts der Entwicklung in Osteuropa", Abg. Draeger (CDU/CSU) über „Die gegenwärtige Lage im Warschauer Pakt" und Frau Dr. Maxsein (CDU/CSU) über „Rechtsprobleme und Weltraumpolitik". Besondere Beachtung fanden außerdem die Berichte des britischen Abgeordneten Kirk über „Die Zukunft der WEU", des französischen Abgeordneten Bourgoin über „Das Chinaproblem", der auf Antrag von Abg. Dr. Kliesing (CDU/CSU) an den Ausschuß zurückverwiesen wurde, sowie des britischen Abgeordneten Lord Gladwin über den „Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt" und Duncan Sandys über den „Stand der europäischen Sicherheit".

Prof. Dr. Carlo Schmid (SPD), der nach einer Amtszeit von vier Jahren wegen seiner Berufung in die neue deutsche Bundesregierung als Präsident der Versammlung zurücktrat, hob in seiner Abschiedsrede hervor, daß die WEU zwar nicht die Erwartungen erfüllt habe, die man ursprünglich in sie gesetzt hatte, und daß der Rat den Anregungen der Versammlung nur zögernd gefolgt sei, daß sie aber gleichwohl gerade in dem Augenblick, da die NATO-Struktur geändert werden müsse und der Beitritt Englands zur EWG ernsthaft zur Diskussion stehe, eine wichtige politische Rolle zu spielen habe; sie solle nicht zu einer Allianz in herkömmlichem Sinne werden, sondern zu einer nach allen Seiten offenen Gemeinschaft. Die Einheit Europas sei eine wichtige Voraussetzung für die allmähliche Befriedung der ganzen Welt.

Außenminister Willy Brandt sprach zugleich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrates der WEU zur Versammlung und versicherte, daß Deutschland mit allen Völkern in guter Nachbarschaft leben wolle, daß die Normalisierung der Beziehungen zu Osteuropa in die Wege geleitet sei und daß weitere Anstrengungen unternommen würden, damit ein gutnachbarliches Verhältnis durch eine von beiden Teilen gebilligte Regelung dauerhaft garantiert werde; auch die Teilung Deutschlands müsse durch friedliche Verständigung überwunden werden; Kontakte zum abgetrennten Teil Deutschlands sollten auf vielen Ebenen hergestellt werden. Auch die westeuropäische Einigung werde weiterhin ein dringendes Anliegen der Bundesregierung sein, da sie ein wesentliches Element der Friedensordnung in Europa darstelle. Der deutsch-französische Vertrag solle mit neuem Leben erfüllt und die Frage des Beitritts Großbritanniens und anderer EFTA-Staaten zur EWG der Lösung zugeführt werden. Die Zukunft der NATO sei ein ernstes Problem, das mit Hilfe der WEU zu lösen versucht werden könne. Die Abrüstungsfrage werde weiterhin auf der Tagesordnung bleiben; eine schrittweise Verminderung der Streitkräfte und Verringerung der atomaren Waffen sei denkbar; mit Befriedigung könne die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Weltraumforschung beobachtet werden, für die sich die Versammlung wiederholt eingesetzt habe.

Außer dem deutschen Außenminister sprachen auch der italienische Verteidigungsminister Tremelloni und der italienische Wissenschaftsminister Rubinacci sowie das Mitglied der EWG-Kommission Jean Rey und das ehemalige Mitglied der Ständigen Gruppe der NATO in Washington, General Beaufre, zur Versammlung.

Abg. Draeger (CDU/CSU) stellte als Ergebnis seiner Untersuchungen und seines schriftlichen Be-

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

richtes fest, daß die Situation innerhalb des Warschauer Paktes nicht so schwierig sei wie gegenwärtig innerhalb der NATO; gewisse Tendenzen zu größerer politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit, die in einigen Ostblockstaaten zweifellos vorhanden seien, hätten sich noch nicht auf das militärische Bündnis ausgewirkt; außer Zweifel stehe die militärische Überlegenheit der östlichen Seite gegenüber dem westlichen militärischen Potential. Eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz, die in letzter Zeit vielfach gefordert worden sei, könne vielleicht zur Entspannung beitragen, er habe allerdings Bedenken, wenn dabei die deutsche Frage ausgeklammert werden solle; noch skeptischer sei er jedoch hinsichtlich des Vorschlags einer gleichzeitigen Auflösung oder Reduzierung des Warschauer Paktes und der NATO vor allem mit Rücksicht auf das beträchtliche Ungleichgewicht der militärischen Verhältnisse; nur eine intakte NATO könne Verhandlungen führen, und zuvor müßten sich die NATO-Partner über geeignete Maßnahmen einig geworden sein, ehe Gespräche über eine solche Sicherheitskonferenz begonnen werden könnten.

Abg. Blumenfeld (CDU/CSU) ging bei der Vorlage seines Berichtes davon aus, daß die Beziehungen zwischen der westlichen und östlichen Hälfte Europas eine beträchtliche Wandlung erfahren müßten, wenn der Frieden und der Wohlstand in Europa gesichert werden sollten, aber es dürfe keinen Alleingang irgendeiner Regierung geben, wenn eine neue Ostpolitik in die Wege geleitet werden soll. Die gegenwärtige weltpolitische Lage sei hierfür günstig, dafür sprächen sowohl die Entwicklungen im Ostblock und die Vorgänge an den östlichen Grenzen Sowjetrußlands wie das Verhältnis zwischen den beiden Weltgroßmächten; die Furcht vor einem großen Krieg existiere gegenwärtig kaum. Auch die wirtschaftliche Theorie und Praxis diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs seien lange nicht mehr so gegensätzlich wie früher. Nicht nur die amerikanische, sondern auch die französische, englische und italienische Regierung hätten ihren Willen zur Entspannung bekundet und die deutsche Friedensnote tendiere in die gleiche Richtung. Nicht mehr das Gleichgewicht des Schreckens, sondern Fortschritte in der Abrüstung sollten die Basis der Sicherheit bilden. Drohungen gegen östliche Regierungen oder Versuche, in deren innere Entwicklung einzugreifen, seien unzulängliche Mittel. Im Augenblick bestehe wenig Hoffnung, die Sowjets für eine Änderung des Status Berlins und Ostdeutschlands zu gewinnen, aber vielleicht könne es gelingen, Berlin wieder zu einem Ort der großen Begegnung zwischen Ost und West werden zu lassen. Diese Politik der Annäherung könne von Westeuropa jedoch nur gemeinsam mit den USA betrieben werden. Westeuropa könne besondere Initiativen ergreifen, namentlich auf dem Gebiet des Handels, allerdings würden vor allem die Deutschen von den osteuropäischen Regierungen und namentlich von der Sowjetunion erste Zeichen des Entgegenkommens erwarten.

Abg Dr. Kopf (CDU/CSU) begrüßte es, daß in allen Berichten der Fortbestand der NATO verlangt werde, auf die man nicht verzichten könne, solange die andere Seite ihre Rüstungen nicht herabsetze; neue Verhandlungen über das Funktionieren der NATO nach dem Ausscheiden Frankreichs seien auch schon im Gange. Für ein europäisches Sicherheitssystem bestünden im Augenblick wenig Aussichten. Wenn es später einmal in Erwägung gezogen werden könne, sei eine Mitwirkung der Vereinigten Staaten unentbehrlich, und das Deutschlandproblem müsse bis dahin einer Lösung nähergebracht werden. Die Bundesrepublik sei nicht erst seit heute um eine Verbesserung der Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks bemüht, aber an die Wiedervereinigung sei ohne Moskaus Zustimmung nicht zu denken, für die es leider noch keine Anzeichen gebe. Die neuen Entwicklungstendenzen in den Oststaaten hätten an deren kommunistischer Grundstruktur kaum etwas verändert; eine friedliche Koexistenz setze voraus, daß unsere freiheitliche Demokratie respektiert werde und alle Entspannungsbemühungen seien zu begrüßen, solange unsere Forderung nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechts nicht preisgegeben werde. Berlin könne erst dann ein internationales Kontaktzentrum zwischen Ost und West werden, wenn die Mauer verschwunden sei, und wenn die staatsrechtliche Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik allgemein anerkannt sei.

Abg. Dr. Kliesing (CDU/CSU) stimmte mit den Vorrednern darin überein, daß der Zeitpunkt für eine Entspannungspolitik zwar günstig erscheine, daß aber niemand wisse, ob der gegenwärtige Zustand von Dauer sei. Solange aber die Sowjetunion nicht bereit sei, den gefährlichsten Spannungsherd in Europa, nämlich die deutsche Frage, zu beseitigen, könne man die gegenwärtige Situation nicht für allzu aussichtsreich halten. Ein europäischer Sicherheitspakt könne nur dann Erfolg haben, wenn die Entspannungspolitik sich überall durchsetze und Amerika zu einer Sicherheitsgarantie bereit sei. Das Atlantische Bündnis zeige nicht nur im Militärischen, sondern auch im Politischen krisenhafte Erscheinungen, deren Ursprünge bis ins Jahr 1956 zurückreichen; die Versammlung habe seit Jahren gewarnt und Verbesserungsvorschläge gemacht, heute sei es für eine durchgreifende Reform zu spät, man müsse sich heute darauf konzentrieren, daß die noch vorhandenen Kräfte erhalten blieben.

Abg. Lenze (CDU/CSU) warnte vor einer Demontage der NATO, die immer noch die Sicherheit des Westens garantiere, zumal selbst bei einer Abschaffung des Warschauer Paktes die Staaten des Ostblocks durch bilaterale Verträge weiterhin eng miteinander verbunden blieben. Wenn sich Westeuropa einige, könne es ein gleichwertiger Partner der USA werden. Der Verlust des französischen Raumes sei für die NATO-Strategie sehr schwerwiegend. Man solle jetzt versuchen, die iberische Halbinsel enger an die NATO zu binden. Man dürfe sich von gewissen Liberalisierungsentwicklungen im Ostblock nicht täuschen und zu Teilkapitulationen verführen lassen; die Lösung der deutschen Frage sei der entscheidende Beitrag zu einer dauerhaften Entspannung und zu einer kommenden Friedensordnung.

Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD) begrüßte es besonders, daß der Bericht über die Beziehungen zwischen West- und Osteuropa von einem deutschen Abgeordneten vorgelegt worden sei; damit werde die kommunistische Haßpropaganda gegen die Bundesrepublik widerlegt; die Politik der Stärke habe sich überlebt, und die Wandlungen in den Ländern des Ostens dürften in der Politik des Westens nicht ohne Auswirkungen bleiben; man könne zwar noch nicht von echter Liberalisierung, aber von einem Gewinn an physischer und geistiger Bewegungsfreiheit sprechen, und es bedürfe einer gründlichen Bestandsaufnahme, bevor an eine effektive Friedensregelung zu denken sei; wenn neuerdings häufiger von einem Europa bis zum Ural gesprochen werde, so müsse er fragen, welche Rolle dann dem asiatischen Teil Rußlands zugedacht sei. Ein echtes Gleichgewicht zwischen Osten und Westen sei niemals ohne die Vereinigten Staaten herzustellen. Keine europäische Lebensfrage könne gegen den Widerstand der beiden oder einer der beiden Weltmächte gelöst werden, aber wenn sich Europa zusammenfinde, würden auch geeignete Lösungen nicht ausbleiben.

Abg. Kahn-Ackermann (SPD) warf die Frage auf, ob sich die WEU eines Tages als Klammer zwischen Frankreich und der NATO erweisen könne, darauf gebe es vorläufig noch keine konkrete Antwort. Auf jeden Fall sei dies nur möglich, wenn es zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen dem Rat und der Versammlung komme, die bisher viel zu wünschen übrig lasse; die soeben erzielte Einigung über die Stationierung französischer Truppen in der Bundesrepublik sei ein erfreulicher Fortschritt, das Verhältnis dieser Truppen zur NATO müsse aber noch geregelt werden. Eine rasche Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik sei kaum zu erwarten, aber vielleicht könnten die Sowjets dazu bewogen werden, die Regierung in Pankow zu einer etwas weniger starren Haltung zu veranlassen; auch das würde zu einer Entspannung beitragen. Eine Verringerung der amerikanischen Truppen in Europa sei nur dann vertretbar, wenn mit ihr eine Verringerung die sowjetischen Truppen in Mitteleuropa einhergehe.

Kritik an der Haltung des Rates der Versammlung gegenüber übte auch Abg. Berkhan (SPD), der den Rat um eine Stellungnahme zu den zahlreichen Starfighter-Abstürzen gebeten und die Antwort erhalten hatte, diese Angelegenheit gehöre nicht in den Zuständigkeitsbereich der WEU. Abg. Berkhan meinte, wenn die gemeinsame Rüstungsproduktion ein Ziel der WEU sei und gerade dieses Waffensystem immer als ein besonderes Beispiel für die europäische Zusammenarbeit gegolten habe, so könne er diese Antwort nur als unzureichend und unverständlich bezeichnen. Wenn hier keine befriedigende Lösung gefunden werde, sei es schwer vorstellbar, wie in Zukunft noch derartige Waffensysteme in gemeinsamer europäischer Fabrikation entwickelt und gebaut werden könnten.

Abg. Dr. Rinderspacher (SPD) nahm zu der Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG Stellung und begrüßte es vor allem, daß nunmehr in England sowohl die öffentliche Meinung wie fast alle maßgebenden Politiker sich für den Beitritt ausgesprochen hätten. Premierminister Wilson werde bei seinen Sondierungsgesprächen in fünf von den sechs EWG-Hauptstädten sicher eine positive Antwort erhalten, und für technische Einzelfragen werde sich dann auch eine Lösung finden lassen; man könne allerdings nicht erwarten, daß die EWG zu einer Änderung ihrer Grundsätze bereit sei. Es sei bereits wiederholt festgestellt worden, daß die augenblicklichen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands kein Hindernis für einen Beitritt darstellen würden, dieser könnte vielmehr zur Wiederherstellung des Gleichgewichts beitragen. Gleichzeitig mit dem Beitritt Englands müßten auch Verhandlungen über das zukünftige Verhältnis zwischen der EWG und den übrigen EFTA-Ländern aufgenommen werden, soweit sie nicht schon angelaufen seien. Die Schaffung einer großen europäischen Freihandelszone werde nicht genügen, die EWG habe ihre Bewährung hinlänglich erwiesen, sie müsse den Kern eines größeren Europa bilden.

Bei der Vorlage ihres Berichtes über „Rechtsprobleme und Weltraumpolitik" wies Frau Abg. Dr. Maxsein (CDU/CSU) darauf hin, daß Europa sich geschlossen in die Gespräche um die Gestaltung des Weltraumrechts einschalten müsse, wenn es nicht so weit kommen solle, daß Politik im Weltraum ohne uns gemacht werde. In der UNO seien bereits entsprechende Überlegungen angestellt worden, aber die Entschließungen der UNO seien nicht rechtsverbindlich. Eine Reihe begrifflicher Voraussetzungen seien noch zu klären, etwa die Abgrenzung zwischen Stratosphäre und Atmosphäre, die Rückführung von Astronauten und Weltraumfahrzeugen, oder die militärische Tätigkeit im Weltraum; über das Verbot der Benutzung des Weltraums für militärische Zwecke scheine man sich einigen zu können, es gebe aber bis jetzt noch keine bindenden Abmachungen; wichtig sei es, daß nicht nur Staaten als Bevollmächtigte auf dem Gebiete der Weltraumpolitik anerkannt würden, sondern auch internationale ORGANISATIONEN; das sei von besonderer Bedeutung für ELDO und ESRO; über die Organisationen könnte sich Europa wirksam in die kommenden Verhandlungen einschalten.

Frau Abg. Klee (CDU/CSU) ging besonders auf die politische Seite des Weltraumproblems ein; so erfreulich es einerseits sei, sagte sie, daß sich die Amerikaner mit den Sowjets über die Erhaltung des Weltfriedens einigen, so wenig befriedigend sei es andererseits, wenn sich die anderen Staaten nur den amerikanisch-sowjetischen Abkommen anschließen könnten, ohne an deren Ausarbeitung beteiligt zu werden. Für die Bundesrepublik ergebe sich daraus z. B. die Tatsache, daß sie auf diese Weise plötzlich zusammen mit der Zonenregierung Partner eines Internationalen Abkommens werde. Ein wirksames Mitspracherecht in der Weltraumpolitik sei aber für die europäischen Staaten nur möglich, wenn ihre eigenen Weltraumorganisationen als gleichberechtigte Gesprächspartner der Russen und Amerikaner anerkannt würden; Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß sich die Europäer selbst einig seien.

Als Nachfolger von Bundesminister Prof. Dr. Carlo Schmid wurde der italienische Liberale Vittorio Badini Confalonieri zum Präsidenten und Abg. Kahn-Ackermann (SPD) zum deutschen Vizepräsidenten der Versammlung gewählt. Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD) wurde zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten gewählt.

Für die deutsche Delegation in der Versammlung
der Westeuropäischen Union:

Der Sprecher der deutschen Delegation

Für Ernst Paul:

Berkhan

Der Stellvertretende Sprecher

Dr. Serres